A2 Eine Spätikultur für Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: privat, privat

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

1 Nach aktuellem Ladenöffnungszeitengesetz müssen Kioske in Rheinland-Pfalz genau
2 wie Supermärkte stets um 22 Uhr schließen. Viele Kioske, die Menschen nach 22
3 Uhr noch ein Getränk oder Süßwaren mit auf den Weg verkaufen möchten, verstoßen
4 so gegen das Ladenöffnungszeitengesetz. Für die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz
5 gehören Spätis oder auch Nachtkioske jedoch zu einer urbanen Kultur dazu. Viele
6 urbane Viertel werden durch Spätis kulturell mitgeprägt. Die Grüne Jugend
7 Rheinland-Pfalz registriert, dass viele Kioskbesitzer ihre Geschäfte gerne
8 länger als 22 Uhr öffnen möchten. Sie stehen auch in direkter Konkurrenz zu
9 Tankstellen und Trinkhallen, die laut dem Ladenöffnungszeitengesetz länger
10 öffnen und auch Waren verkaufen dürfen.

11 Wir möchten Kioskbetreibern, die nach aktueller Rechtslage um 22 Uhr schließen
12 müssen, die Möglichkeit geben, ihre Kioske legal über 22 Uhr hinaus zu öffnen,
13 und so in Rheinland-Pfalz eine Spätikultur ermöglichen und etablieren. Daher
14 strebt die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz eine Novellierung des
15 Ladenöffnungszeitengesetzes an.

16 Wir möchten eine Rechtsform für sogenannte „Spätis“ schaffen, die von den
17 infrastrukturellen Anforderungen her zwischen einem Kiosk und einer Trinkhalle
18 liegt. Spätis sollen in der neuen Rechtsform bis 02 Uhr geöffnet haben dürfen.
19 Spätibetreiber müssen aber anders als bei Trinkhallenbetreibern zum Beispiel
20 keine Toilette oder (Steh-) Tische einbauen müssen, damit sie über 22 Uhr hinaus
21 öffnen können. Diese neue Rechtsform ermöglicht es Kioskbetreibern, auch ohne
22 den Umbau ihres Kioskes zu einer Trinkhalle, ihren Kiosk als Späti über 22 Uhr
23 hinaus bis 02 Uhr zu betreiben.

24 Spätibetreiber sollen dafür sorgen, dass es in direkter Umgebung des Spätis
25 sauber bleibt. Deshalb müssen sie in unmittelbarer Umgebung einen Mülleimer
26 installieren.

27 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz lehnt aber eine grundlegende Liberalisierung
28 des gesamten Ladenöffnungszeitengesetzes ab, da dies zu Lasten vieler
29 Arbeitnehmer*innen von Supermärkten gehen würde.

30 Die Landesmitgliederversammlung beauftragt die Antragsteller*innen, diesen
31 Beschluss in die Grüne Partei zu tragen und sich für dessen Umsetzung
32 einzusetzen.

Begründung

erfolgt mündlich